

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Christina Wirnsberger (GRÜNE), Theresa Schneckenreither, MSc (GRÜNE), Georg Prack, BA (GRÜNE) und Mag. Barbara Huemer (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen (GWS)) für den Gemeinderat am 16.12.2025 - 17.12.2025.

Keine Kürzungen bei den Frauen-, Mädchen- und Männerberatungsstellen

Die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen haben auch heuer wieder klar aufgezeigt, wie wichtig eine ausreichende Finanzierung im Bereich Gewaltschutz und im Bereich der präventiven Maßnahmen ist.

Österreich hat sich mit Unterzeichnung der Istanbul-Konvention verpflichtet, Geschlechtergerechtigkeit und Schutz vor Gewalt sicherzustellen. Eine Reduktion der Mittel widerspricht diesen Verpflichtungen und erfolgt auf Kosten jener, die auf diese Unterstützung angewiesen sind.

Frauen und Mädchen in Wien sind weiterhin von struktureller Benachteiligung und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Frauen- und Mädchenberatungsstellen sind ein unverzichtbarer Teil dieser Schutz- und Unterstützungsinfrastruktur. Sie bieten niederschwellige, professionelle Beratung – von Gewaltprävention über Berufs- und Lebensplanung bis hin zu spezialisierten Angeboten für Migrantinnen und Frauen mit Behinderungen. Ziel ist stets ein selbstbestimmtes, sicheres und diskriminierungsfreies Leben.

Die Wirksamkeit ist belegt: Über 90 % der Beratungen führen zu einer Lösung oder

deutlichen Verbesserung. 40 % der Beratungen österreichweit betreffen Gewalt in der Partnerschaft. Studien zeigen, dass jeder in frauenspezifische Beratung investierte Euro bis zu neun Euro gesellschaftlichen Nutzen erzeugt. Die Einrichtungen arbeiten überwiegend gemeinnützig; Fördermittel fließen direkt in zielgruppenspezifische Angebote.

Auch Männerberatung und gendersensible Bubenarbeit sind zentrale Bausteine einer umfassenden Gewaltprävention. Männer- und Bubenberatungen unterstützen bei Krisen, Rollenbildern, Konfliktbewältigung und Gewaltprävention. Sie tragen wesentlich dazu bei, schädliche Geschlechterstereotype abzubauen, gewaltfreie Männlichkeitsbilder zu stärken und junge Burschen frühzeitig zu unterstützen. Eine stabile Finanzierung dieser Angebote entlastet nicht nur das gesamte Hilfesystem, sondern wirkt präventiv gegen die Entstehung von Gewaltstrukturen – ein wichtiger ergänzender Beitrag zum Schutz von Frauen und Mädchen.

Steigende Kosten – insbesondere für Personal und Erhaltung – treffen die Beratungsstellen unmittelbar. Da die Stadt Wien 2026 diese Teuerungen weder abgilt noch die Budgets anpasst und in einigen Fällen sogar Kürzungen vorsieht, entsteht bei hoher Inflation eine faktische Mittelreduktion. Das gefährdet sowohl die Angebotsqualität als auch die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter:innen, die bereits jetzt oft in Teilzeit oder prekären Strukturen tätig sind. Weitere Belastungen, Stundenkürzungen und Jobverluste hätten unmittelbare Folgen: weniger Beratungskapazitäten, längere Wartezeiten und eine strukturelle Schwächung zentraler Einrichtungen der Gewaltprävention und Gleichstellungspolitik.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich ausdrücklich dagegen aus, Kürzungen im Bereich der Frauen- und Mädchenberatung sowie der Buben- und Männerarbeit vorzunehmen und ersucht die amtsführenden Stadträtinnen für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales, sowie für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, dafür Sorge zu tragen, dass die Förderungen in diesem Bereich inflationsbedingt angepasst werden und damit den gestiegenen Personal- und Sachkosten Rechnung getragen wird.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 17.12.2025

